

**Antrag 220/I/2018****FA XI - Mobilität****Der Landesparteitag möge beschließen:****Nachhaltige Lenkung der Pendler\*innenströme nach Berlin durch gezielte kurz- und mittelfristige Maßnahmen**

1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-  
2 Mitglieder des Senats von Berlin sowie die SPD-BVV-  
3 Fraktionen und SPD-Stadträte werden aufgefordert, sich  
4 für eine nachhaltige Lenkung der Pendler\*innenströme  
5 nach Berlin einzusetzen.

6  
7 Um die Auswirkungen der Pendler\*innenströme auf  
8 die Anwohner\*innen und Nutzer\*innen des öffentlichen  
9 Raums zu minimieren, sind auf Bezirks-, Landes- und Bun-  
10 desebene folgende Maßnahmen zu ergreifen:

11 1. Die Attraktivität des Angebots im Umweltverbund für  
12 Pendler\*innen ist – gemeinsam mit dem Land Bran-  
13 denburg und dem VBB - durch gezielte Werbemaß-  
14 nahmen und Informationskampagnen, Taktverdichtun-  
15 gen und barrierefreie Umsteigebedingungen weiter zu er-  
16 höhen; 2. In der Tarifzone A ist eine deutliche Ausweitung  
17 der Parkraumbewirtschaftung notwendig; 3. In den Ber-  
18 liner Bezirken der Tarifzone B ist mindestens im Umkreis  
19 von 300 Metern an den Schnellbahnhöfen eine Parkraum-  
20 bewirtschaftung einzuführen, um dort das massenhafte  
21 Abstellen der Fahrzeuge von Pendler\*innen aus dem Um-  
22 land zu reduzieren; 4. Auf eine Ausweitung des Tarifbe-  
23 reichs AB auf den Bereich C ist zu verzichten; 5. Das Land  
24 Berlin setzt sich

- 25 • bei der gemeinsamen Landesplanung Berlin-  
26 Brandenburg dafür ein, den ÖPNV als Zubringer  
27 zum SPNV zu verbessern und geeignete Bahnhöfe in  
28 Brandenburg, gegebenenfalls mit der DB AG, für die  
29 Einrichtung von B&R und P&R-Plätzen zu  
30 identifizieren;
- 31 • im Bundesrat dafür ein, Job-Tickets für Arbeitneh-  
32 mer\*innen steuerfrei zu stellen (Wegfall der mo-  
33 natlichen 44 EUR-Grenze bei Sachbezügen) und  
34 die sogenannten Pendler\*innenpauschale sowie das  
35 Dienstwagenprivileg abzuschaffen;
- 36 • in Kooperation mit den Industrie- und Handels-  
37 kammern und den Handwerkskammern dafür ein,  
38 ein Anreizsystem für die Einrichtung eines nach-  
39 haltigen und gesundheitsfördernden Mobilitätsma-  
40 nagements in den Betrieben zu erarbeiten, das die  
41 Nutzung des Umweltverbundes und von Fahrge-  
42 meinschaften fördert, und auch den Wegfall von  
43 firmeneigenen Mitarbeiter\*innen-Parkplätzen be-  
44 inhaltet.

45

46

**47 Begründung**

48 Jeden Werktag pendeln mehrere Hunderttausend Men-  
49 schen von und nach Berlin.

50 In Richtung Berlin bedeutet das an mindestens fünf Tagen

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

(LPT II/2018: vertagt auf LPT I/2019)

Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-  
Mitglieder des Senats von Berlin sowie die SPD-BVV-  
Fraktionen und SPD-Stadträte werden aufgefordert, sich  
für eine nachhaltige Lenkung der Pendler\*innenströme  
nach Berlin einzusetzen.

Um die Auswirkungen der Pendler\*innenströme auf  
die Anwohner\*innen und Nutzer\*innen des öffentlichen  
Raums zu minimieren, sind auf Bezirks-, Landes- und Bun-  
desebene folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Attraktivität des Angebots im Umweltverbund für  
Pendler\*innen ist – gemeinsam mit dem Land Bran-  
denburg und dem VBB - durch gezielte Werbemaß-  
nahmen und Informationskampagnen, Taktverdichtun-  
gen und barrierefreie Umsteigebedingungen weiter zu er-  
höhen;

2. In der Tarifzone A ist eine deutliche Ausweitung der  
Parkraumbewirtschaftung notwendig;

3. In den Berliner Bezirken der Tarifzone B ist mindestens  
im Umkreis von 300 Metern an den Schnellbahnhöfen ei-  
ne Parkraumbewirtschaftung einzuführen, um dort das  
massenhafte Abstellen der Fahrzeuge von Pendler\*innen  
aus dem Umland zu reduzieren;

4. Das Land Berlin setzt sich

- bei der gemeinsamen Landesplanung Berlin-  
Brandenburg dafür ein, den ÖPNV als Zubringer  
zum SPNV zu verbessern und geeignete Bahnhöfe in  
Brandenburg, gegebenenfalls mit der DB AG, für die  
Einrichtung von B&R und P&R-Plätzen zu  
identifizieren;
- im Bundesrat dafür ein, Job-Tickets für Arbeitneh-  
mer\*innen steuerfrei zu stellen (Wegfall der mo-  
natlichen 44 EUR-Grenze bei Sachbezügen) und  
die sogenannten Pendler\*innenpauschale sowie das  
Dienstwagenprivileg abzuschaffen;
- in Kooperation mit den Industrie- und Handels-  
kammern und den Handwerkskammern dafür ein,  
ein Anreizsystem für die Einrichtung eines nach-  
haltigen und gesundheitsfördernden Mobilitätsma-  
nagements in den Betrieben zu erarbeiten, das die  
Nutzung des Umweltverbundes und von Fahrge-  
meinschaften fördert.

51 pro Woche vor allem:

- 52 • Mehr als 200.000 Fahrzeuge (MIV)
- 53 • Mehr als 1 Mio. Liter Kraftstoff
- 54 • Mehr als 2.000 Tonnen CO<sub>2</sub>
- 55 • Hohe Umweltschäden und –kosten
- 56 • Erhebliche, gesundheitsbeeinträchtigende Lärmbe-
- 57 lästigung
- 58 • Jede Menge Staus
- 59 • Zugeparkte Außen- und Innenbezirke.

60

61 Deshalb sind die negativen Folgen des Einpendelns mit  
62 privaten Fahrzeug zu reduzieren und das Angebot der  
63 Verkehrsmittel des Umweltverbundes deutlich zu verbes-  
64 sern. Das können Politik und Wirtschaft gemeinsam schaf-  
65 fen.

66

67 Mit den im Antrag genannten Maßnahmen werden die  
68 Bestrebungen aus dem Berliner Koalitionsvertrag 2016 –  
69 2021 sowie der Länder Berlin und Brandenburg und des  
70 VBB unterstrichen und konkretisiert, die Pendler\*innen-  
71 ströme weitgehend auf den öffentlichen Verkehr zu verla-  
72 gern und hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen zu  
73 schaffen.